

Neuer Anlauf für Impfpflicht – „Scheinheilig, nicht durchführbar und populistisch“

Stand: 17:09 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Kaja Klapsa**
Redakteurin Innenpolitik

Zusammen mit Hessen und Baden-Württemberg dringt Bayern jetzt auf einen neuen Anlauf für eine Corona-Impfpflicht – für alle Menschen ab 60 Jahren. Dabei scheiterte die Idee erst im April im Bundestag. Die Reaktionen von Bund und anderen Ländern fallen eindeutig aus.

Nur rund zehn Wochen nach dem Scheitern der Impfpflicht im Deutschen Bundestag drängen mehrere Bundesländer zu einem neuen Anlauf. „Ich bedauere immer noch, dass sich der Bundestag nicht auf eine Impfpflicht einigen konnte“, sagte der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (<https://www.rnd.de/politik/corona-impfpflicht-bayern-nimmt-neuen-anlauf-QXBMK6HHBNBSXIWW3J3GSAY5TI.html>).

Bayern will sich nun zusammen mit Hessen und Baden-Württemberg bei der Gesundheitsministerkonferenz kommende Woche für eine Corona-Impfpflicht ab 60 Jahren einsetzen. Appelle zum Impfen seien zwar wichtig, „aber letztlich ist eine Impfpflicht der schnellere Weg aus der Pandemie“, so Holetschek. Auch Thüringen begrüßt nach WELT-Informationen den Vorstoß.

Ein fraktionsübergreifender Entwurf für eine allgemeine Impfpflicht zunächst ab 60 Jahren war Anfang April im Bundestag klar gescheitert ([/politik/deutschland/article238042337/Impfpflicht-ab-60-Jahren-gescheitert-Ampel-Gesetz-im-Bundestag-abgelehnt.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/article238042337/Impfpflicht-ab-60-Jahren-gescheitert-Ampel-Gesetz-im-Bundestag-abgelehnt.html)). Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte daraufhin deutlich gemacht, dass er keine Basis für einen erneuten Anlauf sehe. Der nun geäußerte Vorstoß der drei Länder – das CSU-geführte Bayern, das CDU-geführte Hessen und das grün-geführte Baden-Württemberg – stößt in den Ampel-Parteien auf Irritation.

Lesen Sie mehr Artikel unserer jungen Autoren auf
WELT Next und diskutieren Sie mit!

JETZT WELT NEXT LESEN

Kaja Klapsa

„Ich halte es für Hyperaktionismus, jetzt erneut eine Impfpflicht ab 60 Jahren zu fordern“, sagt Andrew Ullmann, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Aktuell habe man eine Impfquote von 80 Prozent, Ansteckungen mit Omikron führten nur selten zu schweren Verläufen. Zudem habe sich keine parlamentarische Mehrheit im Bundestag für eine Impfpflicht ab 60 gefunden.

„Dass einige Bundesländer es jetzt über die Hintertür probieren wollen, ist kein sauberes Vorgehen. Zumal es die Union war, die aus parteipolitischer Taktik eine Einigung verhindert hat. Dass ausgerechnet sie jetzt einen neuen Anlauf starten will, halte ich für scheinheilig, nicht durchführbar und populistisch“, so Ullmann. Nötig sei eine verbesserte Impfkampagne gegen Covid und die Grippe im kommenden Winter.

Auch die Grünen-Fraktion, die sich im April mehrheitlich für eine allgemeine Impfpflicht ab 18 Jahren ausgesprochen hatte, zeigt sich zu einem neuen Anlauf zurückhaltend. „Es ist richtig, dass wir in Deutschland nach wie vor eine zu geringe Impfquote bei älteren Menschen und Risikogruppen haben. Diese tragen das Risiko schwerer Verläufe“, so der gesundheitspolitische Sprecher Janosch Dahmen. Gleichwohl habe sich die parlamentarische Mehrheit im April gegen eine Impfpflicht entschieden. „Dies hat sich inzwischen nicht geändert. Ich halte es daher für müßig, nun erneut über eine Impfpflicht zu streiten.“

Selbst die oppositionelle Unionsfraktion im Bundestag hält von dem Vorstoß der Parteikollegen aus den Bundesländern nichts. „Für eine Impfpflicht gab es im Bundestag aus guten Gründen keine Mehrheit. Die juristischen und wissenschaftlichen Zweifel waren und sind bis heute erheblich“, sagt der gesundheitspolitische Sprecher Tino Sorge WELT. Weder böten die verfügbaren Impfstoffe eine sterile Immunität, noch gelte eine Eliminierung des Coronavirus unter Experten als realistisch.

„Mitten in der Sommerwelle und unmittelbar vor dem Auslaufen der kostenlosen Bürgertests sollten sich die Landesgesundheitsminister von CDU/CSU lieber auf ganz konkrete Schutzmaßnahmen konzentrieren, statt die polarisierende Debatte um eine Impfpflicht für Menschen über 60 wieder aufzunehmen“, sagt Kathrin Vogler, gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion.

„Unüblich, Entscheidungen nach wenigen Monaten wieder umzustoßen“

Eine Mehrheit wird der Vorstoß bei der Gesundheitsministerkonferenz kommende Woche wohl nicht finden. Insbesondere bei den SPD-geführten Bundesländern herrscht eine Mischung aus Belustigung und Ärger. „Über die Krokodilstränen aus Bayern und Hessen über die gescheiterte Impfpflicht ab 60 Jahren muss man sich schon etwas wundern“, sagt Niedersachsens Gesundheitsministerin Daniela Behrens (SPD) WELT.

„Ich kann mich wie die meisten Bürgerinnen und Bürger noch sehr gut daran erinnern, dass der entsprechende Antrag im Bundestag seinerzeit vor allem an der Unionsfraktion aus CDU und CSU gescheitert ist.“ Niedersachsen habe sich damals für eine allgemeine Impfpflicht ausgesprochen, so Behrens, halte heute einen neuen Anlauf im Bundestag angesichts der unveränderten Mehrheitsverhältnisse allerdings für „wenig Erfolg versprechend“.

Heiner Garg, FDP-Gesundheitsminister in Schleswig-Holstein, teilt mit: „Viel wichtiger, als gescheiterte Projekte aufzuwärmen, wäre, dass die Länder mit niedrigen Impfquoten nicht nachlassen in ihren Bemühungen, die Impfquoten durch Überzeugung, Information, Angebote zu erhöhen.“

Auch unter Juristen und Wissenschaftlern gibt es Zweifel. „Rechtlich kann der Bundestag eigene Beschlüsse revidieren“, sagt Volker Boehme-Neßler, Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht an der Universität Oldenburg. „Allerdings ist es in der politischen Praxis unüblich, Entscheidungen nach wenigen Monaten wieder umzustoßen.“ Vor allem, wenn der Anstoß nur aus einigen Bundesländern komme und nicht vom Bundestag oder der Bundesregierung selbst.

Für eine neue Entscheidung bräuchte es „sehr gute Gründe“, insbesondere mit Blick auf die Verhältnismäßigkeit. Ist die Impfpflicht als tiefer Eingriff in die Grundrechte überhaupt geeignet, um die schon heute hohe Impfquote bei den Älteren noch nennenswert zu steigern? „Wenn diese Frage nicht eindeutig mit Ja beantwortet werden kann, wäre eine Impfpflicht verfassungswidrige Symbolpolitik“, warnt Boehme-Neßler.

Der Virologe Jonas Schmidt-Chanasit von der Universität Hamburg verweist auf ein weiteres Problem: „Wir wissen in Deutschland nicht, wie groß unsere Immunitätslücke ist. Wir wissen also nicht genau, wer weder geimpft noch genesen ist.“ Solange die Politik diese Daten nicht zur Verfügung hat, sei eine Impfpflicht schwer zu begründen.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

Ad

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/239400455>